

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Über tausend Menschen spannten am Weltflüchtlingstag in Linz einen Schirm als Zeichen ihrer Solidarität mit Flüchtlingen auf.

Für eine solidarische und menschliche Asylpolitik

Asyl ist ein Menschenrecht. Eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung ist menschliche Pflicht.

Das Thema Asyl beschäftigt derzeit viele Menschen. Die Bilder der im Mittelmeer Ertrunkenen und die große Zahl an Flüchtlingen im Land bewegen die Ge-

müter. Die wachsende Hilfsbereitschaft der Menschen berührt. Das Versagen der Politik in Asylfragen ist aber beschämend. Anstatt menschenwürdiger Unterkünfte

wurden Zelte errichtet und die Verantwortung wird zwischen Bund, Land und Kommunen hin- und hergeschoben. Was wir jetzt mehr denn je brauchen: eine solidarische und von Hilfe geprägte Asylpolitik anstelle des unwürdigen Gezerres um Flüchtlingsquoten.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin
www.gemeinderat.at

Wir sind wieder wählbar!

Die KPÖ tritt bei der Gemeinderatswahl in Linz wieder als linke Alternative an.

Auch in Linz ist der Reichtum ungerecht verteilt, dagegen kämpfen wir an. Wir treten ein für leistbares Wohnen durch Wiederaufnahme des kommunalen Wohnbaus, für die Bevorzugung des nichtmotorisierten

Verkehrs, um die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern und für ein solidarisches Miteinander anstelle von Überwachung und Hetze gegen Minderheiten.

Unsere Haltung ist klar: Millionen für Prestigeprojekte wie den Westring oder die Stadtwache sind in sozialen und kulturellen Initiativen besser investiert.

Eine oder zwei Brücken?

Am 27. September soll auch über die Zukunft der Eisenbahnbrücke abgestimmt werden. Eine neue Brücke oder eine Sanierung der alten und Errichtung einer Begleitbrücke sind die zwei Abstimmungsmöglichkeiten.



Daniel Steiner Sozialarbeiter, Betriebsrat B37

Mir ist es wichtig, dass die Mühlkreisbahn erhalten bleibt, dafür wäre die Verbindung zur Hauptstrecke wichtig. Diese ist leider bei beiden Abstimmungsvarianten nicht vorgesehen. Für mich gleicht die Befragung daher der Wahl zwischen Pest und Cholera. Entschieden habe ich mich noch nicht.



Edith Friedl Architekturstorikerin

Köln hat eine ganz ähnliche Brücke wie Linz. Sie wird gewartet und man ist stolz auf sie. Nicht so bei uns. Lange wurde sie vernachlässigt, nun will man sie verschrotten. Stattdessen muss eine Neue her, denn zwei sind zu teuer. Sagen die SWAPler. Ich sage: Basta! Retten wir die alte – neben der Neuen.



Helmut Scheinost Pensionist

Ein Neubau der Eisenbahnbrücke wäre sicher g'scheiter. Beide zur Abstimmung vorgelegte Varianten würden wohl das Aus der Mühlkreisbahn bedeuten. Eine attraktive Regionalbahn, die das obere Mühlviertel mit der City verbindet, wäre auch eine Alternative zum Straßenverkehr bzw. touristisch interessant.

Widerstand gegen Westring

Ein über 40 Jahre altes Verkehrsprojekt soll ab nächstem Jahr gebaut werden. Genauso alt wie die Planung ist aber auch der Widerstand zum Westring.

Die Szenerie an diesem heißen Sonntag Anfang Juli am Linzer Hauptplatz war bezeichnend: Sechs (ältere) Männer feiern mit viel Tamtam – aber wenig Festgästen – den Spatenstich für die Westring-Autobahn. Während der Spatenstichfeier gab es lautstarken Protest, sodass die Politiker nicht nur

wegen der Hitze ins Schwitzen kamen. Auf einem mitgebrachten Plakat stand: „Für unser Geld ist euch nix zu teuer!“ – und auch nix zu blöd, kann hinzugefügt werden.

Fragwürdiges Großprojekt

Während Ausgaben für Soziales, Bildung oder Kultur gekürzt werden, werden für Straßen seit Jahrzehnten auf Teufel komm raus Geldmittel freigegeben. Zur Freude der Auto-, Bau- und Finanzlobby. Aber der Widerstand ist nicht zu Ende und wird mit jedem dieser fragwürdigen Großprojekte mehr!



Michael Schmida
Lehrer und Verkehrssprecher
der Linzer KPÖ

Sind Flüchtlinge in Linz willkommen?

Mitte Mai ließ Innenministerin Mikl-Leitner auf dem Linzer Polizeisportplatz Zelte zur Unterbringung von Flüchtlingen errichten. Schlechte Witterung und Versorgungsengpässe machten die unzumutbaren Zustände im Zeltlager rasch offensichtlich.



Bei einer Solidaritätskundgebung mit den Flüchtlingen, die auf Weisung von Innenministerin Mikl-Leitner (ÖVP) in Zelten auf dem Polizeigelände in Linz untergebracht wurden, war die KPÖ aktiv mit dabei.

Während die verantwortliche Stadtpolitik in Untätigkeit verharrte, formierte sich zivilgesellschaftlicher Protest für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge.

Populistisches Wetteifern

Bürgermeister Luger und Innenministerin Mikl-Leitner schoben sich gegenseitig die Verantwortung für die untragbaren Zustände zu. So verweigerten etwa SPÖ und FPÖ im Linzer Gemeinderat die Zustimmung zu einem Dringlichkeitsantrag der Grünen zur Überprüfung der Linzer Leerstände auf ihre Eignung als Flüchtlingsunterkünfte. Als Gipfel der inhumanen Entgleisung der Linzer SPÖ gilt die „Taferlaktion“ am 22.

Juni gegen die Errichtung eines ohnehin nicht vorgesehenen Asylzentrums in Linz.

Unmenschlicher Umgang

Erst massive Proteste gegen diese auf fremdenfeindliche Ressentiments zielende Aktion veranlassten Bürgermeister Luger zur Entschuldigung. An der beschämenden Situation für die Flüchtlinge in den Zelten änderte das jedoch nichts.

Erst mit Ferienbeginn wurden die Turnsäle von fünf Linzer Schulen als Übergangslösung zur Verfügung gestellt. Ob

im Herbst bei Schulbeginn andere menschenwürdigere Quartiere zur Verfügung stehen werden, ist offen.

Was will die KPÖ?

- Städtische Leerstände für Flüchtlinge öffnen
- Die politischen und sozialen Rechte von Flüchtlingen stärken
- Den Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge erleichtern
- Eine Antirassistische Aufklärungskampagne
- Eine menschliche europäische Asylpolitik anstatt Abschottung
- Eine aktive Friedenspolitik und gerechte Wirtschaftsbeziehungen

Plattform Solidarität

Rückfragen:

Land der Menschen - Aufeinander Zugehen OÖ
Mag. Reinhard Leonhardsberger MA
Tel +43 732 678883

Splitter aus dem Gemeinderat

Das Ende des AKH

150 Jahre nach seiner Gründung verliert das städtische Allgemeine Krankenhaus seine Selbstständigkeit und geht im Kepler Universitätsklinikum der neuen Medizin-Fakultät auf. Die KPÖ lehnte diesen Schritt ab und verwies auf unabsehbare Folgen für das Personal und den Einfluss der Stadt.

Gegen Plakatwildwuchs

Schon lange vor dem offiziellen Wahlkampfstart haben ÖVP und FPÖ Linz flächendeckend mit Plakatständern versehen. Das offizielle Wahlwerbeabkommen ist damit weitgehend wertlos. Die KPÖ hat dies mit einer Anfrage an den Bürgermeister thematisiert, die er nicht mündlich beantworten wollte.

Satte Kohle für die „Krone“

Das amikale Verhältnis der Stadt zur Boulevardpresse ist bekannt. Das „Krone“-Fest wird von Linz mit satten 77.425 Euro unterstützt – während Sozialeinrichtungen und Kulturinitiativen Kürzungen hinnehmen müssen. Die KPÖ lehnte diese Subventionierung ab.

Nein zur Magistratsreform

Von Rotblau wurde die Magistratsreform gegen alle Widerstände durchgepeitscht. KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grönn kritisierte die Position des Bürgermeisters, die Stadt als Unternehmen zu betrachten, und warnte vor Personalabbau und Leistungsverdichtung.

Reclaim the Beach – Die Stadt gehört uns allen

Auch in Linz wächst das Bestreben, den öffentlichen Raum zu reglementieren und kommerziell zu vermarkten.

Zahlungsschwaches Publikum ist dabei unerwünscht. Das gilt für bettelnde Menschen, die mittels Bettelverbot und Stadtwache vertrieben werden, weil sie die Geschäftswelt stören. Das gilt für Jugendliche in Parks, denen die FPÖ ein Alkoholverbot auferlegen möchte. Das gilt für Obdachlose, die man aus dem Hessenpark durch eine neuerliche Umgestaltung verdrängen will.

Aus Plätzen werden Eventflächen

Plätze werden in Linz zunehmend zu „Steinwüsten“ umgebaut. Grünflächen, Bäume und Bänke stören die Nutzung für Roadshows und Events. Wenig übrig hat die Stadt auch für das wachsende Grillbedürfnis. Nur am Pleschingersee und in Margarethen darf öffentlich gegrillt werden.

Die KPÖ ist der Meinung, dass der öffentliche Raum für alle da ist und macht auch heuer wieder beim „Reclaim the Beach“ auf das Thema aufmerksam.



Bitte vormerken! Sonntag, **23. August 2015**, 14-20 Uhr, Linz, Donauufer beim Steinmetzplatz, Kundgebung „**Reclaim the Beach – Die Stadt gehört uns allen**“

Die ZwangsarbeiterInnen sind nicht vergessen!

Die KPÖ beantragte die wissenschaftliche Erforschung und einen Gedenkort für ZwangsarbeiterInnen auf dem Linzer Universitätsgelände – mit Erfolg.

Wer weiß schon, dass sich während des 2. Weltkriegs auf dem Gelände der Linzer Universität ZwangsarbeiterInnenlager befanden. 45.000 Frauen und Männer haben für die Linzer Schwerindustrie, den Wohnbau und die Beseitigung von Bombenschäden geschuftet – unter zum Teil schrecklichen Bedingungen. Die Stadt Linz profitierte von

der Ausbeutung dieser Menschen. Das Ausmaß des Leids der ZwangsarbeiterInnen ist unbestritten, vieles ist jedoch noch unerforscht. So fehlen etwa genaue Daten über das Kriegsgefangenenlager Auhof, in dem seit spätestens 1942 sowjetische Kriegsgefangene interniert waren. Heute befindet sich auf diesem Gelände der Science Park.

Appell gegen das Verdrängen

Mehr als die Hälfte der sowjetischen Kriegsgefangenen überlebte die Internierung nicht. Anlässlich der 50-Jahrfeier der Universität 2016 und 70 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus forderte die KPÖ die wissenschaftliche Aufarbeitung und die Errichtung eines Gedenkortes für die Opfer von Zwangsarbeit auf dem Unigelände. Der Appell an den Rektor der Linzer Uni und Bürgermeister Luger wurde vom Gemeinderat mehrheitlich angenommen.

Aktuell, Nummer 4, Juli 2015

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKLAT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Meister Eder, Land der Menschen.



Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at) Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

Folder: Kommunalprogramm Gemeinderatsbilanz Energiegrundsicherung

Broschüre: Sepp Teufel Februar 1934 Freifahrt Henriette Haill

Probeexemplar: Volksstimme Die Arbeit Der Mieterschutz Café KPÖ

Infos zum Thema:

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei
der Empfängerin
einheben

ANTWORTSENDUNG

An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz